

5519/J XX.GP

### **ANFRAGE**

der Abgeordneten Madeleine Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend Straßenausbau im Zuge der Errichtung des Magna Globe Resort Parks

Die Errichtung des Magna Globe Resort Parks würde zu einer erheblichen Steigerung des Straßenverkehrs führen. Um dieses zusätzliche Straßenverkehrsaufkommen bewältigen zu können, ist ein Ausbau der Straßeninfrastruktur notwendig.

Konkret sehen die Verkehrsplanungen den Ausbau des Knotens Guntramsdorf (A2/A3) zu einem vollen Knoten und den Ausbau der Anschlußstelle Ebreichsdorf Nord (A3/B16) vor.

Der Straßenausbau und das zusätzliche Straßenverkehrsaufkommen wird nicht nur zu nennenswerten Umweltbelastungen sondern auch zu finanziellen Belastungen für die öffentliche Hand führen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

### **ANFRAGE:**

1. Wie ist der aktuellen Verfahrensstand zum notwendigen Ausbau der Straßeninfrastruktur im Zuge der Errichtung des Magna Globe Resort Parks? Gibt es bereits ein Einreichprojekt? Wenn ja, wie sieht es aus?
2. Dem vernehmen nach gibt es bereits eine Einigung über die Finanzierung des notwendigen Straßenausbaus.  
Wie sieht die Einigung im Detail aus? Wie viel wird der Ausbau insgesamt kosten und wer wird welche Kosten tragen?
3. Aus der Verkehrserhebung von DI Sepp Snizek geht hervor, daß sich der Straßenverkehr bei Realisierung des Projektes verdoppeln würde.

Teilen Sie die Einschätzung von DI Snizek? Falls nein, mit welchen Zuwachsraten rechnen Sie?

4. Laut Auskunft von Dr. Deweis (ASFINAG) liegen bereits schriftliche Verträge zwischen Magna - ASFINAG, Magna - Land und Magna-Gemeinde vor.

Sind Ihnen diese Verträge und deren Inhalt bekannt? Wenn ja, was beinhalten die Verträge?

5. Ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung des Straßenausbaus erforderlich? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

6. Das Projekt "Magna Globe Ressor Park" ist, wenn die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden (NÖ-Grundverkehrsgesetz, NÖ-Raumordnung, Wasserrecht, NÖ-Bauordnung) nicht realisierbar.

Warum werden dennoch für ein nicht realisierbares Projekt Straßen und Autobahnabfahrten geplant?

7. Wie hoch sind die Kosten, die dem Steuerzahler durch den Verwaltungsaufwand für dieses nicht realisierbare Projekt bereits entstanden sind?